

Das Milliardenenspiel

Trotz zuletzt zahlloser Pannen gibt's jetzt viel mehr Geld für Waffen. Seite 6



Nicht menschlich

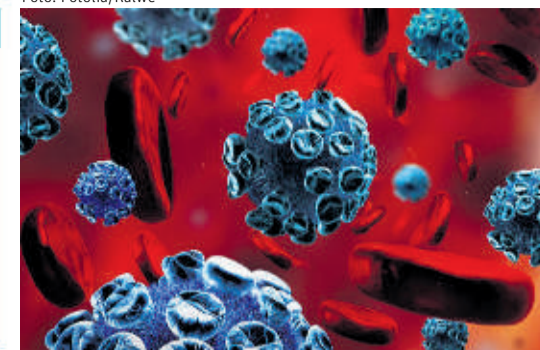
Gedanken über Joachim Gauck, den Unrechtsstaat und eine Katze. Seite 10

Foto: 123rf/Andrey Kuzmin

Aids bleibt gefährlich

Das HI-Virus infiziert jedes Jahr Hundertertausende. Seiten 4 und 9

Foto: Fotolia/Ralwe



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 1. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 279

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Wohlstand der Schweiz

Martin Ling über das Referendum »Stopp der Überbevölkerung«

Die gute Nachricht vorab: Die Schweizer Bevölkerung hat der Wohlstandschauvinistischen Volksinitiative des Vereins Ecopop eine Absage erteilt. Denn nichts anderes verbarg sich hinter dem Referendum »Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen«.

Doch die Zustimmung von einem runden Viertel ist beachtlich, wenn man sich vor Augen führt, dass das komplette Parteienspektrum sich gegen die Initiative aussprach – aus menschenrechtlichen und sozialen Erwägungen auf der linken Seite, weil Schaden für die Wirtschaft befürchtet wird, auf der rechten – selbst Christoph Blochers SVP, Fremdenfeindlichkeit ansonsten alles andere als abhold, wollte diese Initiative aus Rücksicht auf die unternehmerische Klientel nicht mittragen.

Die Schweizer Bevölkerung will in der Mehrheit die Konservierung der Verhältnisse: Der Wohlstand denen, die ihn haben. Offen ist die Schweiz für Kapital und reiche Ausländer. Denn auch das Referendum »Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre« wurde abgelehnt.

Was die Schweizer ungern thematisieren: Ihr Reichtum beruht auf Steuerhinterziehung und Steuervergünstigung. Viele der in der Schweiz sitzenden Konzerne von Glencore bis Nestlé sind für soziale, wirtschaftliche und ökologische Zerstörung überall auf der Welt verantwortlich. Das zu stoppen, wäre eine Initiative wert. Denn die ökologische Frage und die soziale Frage sind zwei Seiten derselben Medaille. Ecopop will das nicht begreifen.

UNTEN LINKS

Die jungen Süddeutschen sind zur Tourismuskonferenz nach Berlin gereist. Sie findet im **Politbüro** statt. Ach so, hier an der Ecke Prenzlauer war das, bestaunen sie den kleinen Raum im Soho House mit Bar und Blick auf den Fernsehturm. Mittagessen gibt es in der Volkskammer in Friedrichshain und anschließend geht es zum Kletterwettbewerb in den Ostblock. Was war das gleich noch? Egal. Kaffee trinken sie im Warschauer Pakt und abends noch auf ein Bierchen in den Klub Kosmonaut. Das kreuzfidele Berlin rettet ein paar Begriffe aus dem Untergangsstaat für seine Partyzene. Das ist besser als verblörende Texte in aktuellen Geschichtsbüchern. Außerdem lässt es darauf hoffen, dass sich unsere Ururenkel dereinst zum Tauchen im Berliner Konrad-Adenauer-Haus treffen, wenn das mangels CDU zu einem Riesenaquarium umgebaut wurde. Essen könnten sie im Restaurant Parlamentsferien, Kaffeetrinken in der Bar jeder FDP und abtanzen in der GSG 9-Lounge in Berlin-Mitte. ott

Schlechte Aussichten

Klimakonferenz in Lima will Weichen für ein neues Weltklimaabkommen stellen



Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Dürre in den peruanischen Anden, zu viel Wasser im Inselstaat Tuvalu. Längst bedrohen die Folgen eines sich verändernden Klimas die Existenz der Menschen, die kein Wasser für ihre Tiere haben oder aber zu viel davon, was dem Brotfruchtanbau schadet. Die Ursachen dafür liegen in den rauchenden Schloten der Industriestaaten, im Abbau von Gold oder der Abholzung der Wälder, die den Anstieg des Kohlendioxidausstoßes verursachen. Soll es gelingen, die Erderwärmung zu begrenzen, müssen diese Emissionen bis 2050 halbiert werden und bis 2100 ganz und gar abgeschafft sein, so die Botschaft von Wissen-

schaftlern, Ökonomen und Umweltaktivisten, die ab heute in der peruanischen Hauptstadt Lima zusammenkommen. Sie wollen die Weichen für ein neues Weltklimaabkommen stellen. Doch das könnte schwierig werden, so lange führende Politiker wichtiger Industriestaaten wie der australische Ministerpräsident Tony Abbott den Klimawandel leugnen, ihn von der Tagesordnung des G 20-Gipfels verbannen und erklären, Arbeitsplätze und Wachstum seien wichtiger als dieser Klimawandel. Der zwingt nach Schätzungen des Schweizer Völkerrechtlers Walter Kälin bereits jetzt jedes Jahr rund 27,5 Millionen Menschen zur Flucht vor

Naturkatastrophen, wie der Experte dem Berliner »Tagesspiegel« sagte. Aus seiner Sicht müsse der Klimawandel ein anerkannter Fluchtgrund werden, denn die Zahlen würden weiter wachsen. Sinnvoller wäre es wohl, auf der 12-tägigen Klimakonferenz gelänge ein neues Abkommen, in dem sich jedes Land zu einem fairen Beitrag zum globalen Klimaschutz verpflichtet, allen voran die reichen Industriestaaten, deren Klimahilfen bis 2020 wie versprochen auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigen müssten. Für die Insel Tuvalu oder die Provinz Ayacucho könnten die Aussichten dennoch schlecht bleiben. ott Seiten 2 und 3

Die Schweiz stimmt wirtschaftsfreundlich

Feste Begrenzung der Zuwanderung wird ebenso abgelehnt wie Aufstockung des Goldbestandes

Die Schweizerinnen und Schweizer wollen die Zuwanderung von Ausländern nicht weiter einschränken. Ein entsprechender Vorschlag wurde am Sonntag deutlich abgelehnt.

Von Steffen Klatt, Zürich

Christa Markwalder ist erleichtert. »Heute hat der Pragmatismus obsiegt«, sagt die liberale Nationalrätin nach der Abstimmung im Radio SRF. Markwalder ist eine der wenigen verbliebenen Pro-Europäer in ihrer liberalen FDP. Mit einer Annahme der sogenannten Ecopop-Initiative wären die Beziehungen zur EU irreführend beschädigt gewesen. Diese Initiative sah vor, die jährliche Zuwanderung auf 0,2 Prozent der Bevölkerung zu begrenzen. Das Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr wäre nicht mehr haltbar gewesen.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben die Initiative nun

mit einer Mehrheit von 74 Prozent Nein-Stimmen deutlich abgelehnt. Kein einziger Kanton hat die Initiative angenommen. Selbst das italienischsprachige Tessin, das seit Jahren einen Ansturm italienischer Grenzgänger erlebt, hat die Initiative mit 63 Prozent abgelehnt. Dabei hatte der gleiche Kanton im Februar die weniger weitgehende Initiative über die Begrenzung der Zuwanderung noch mit mehr als zwei Dritteln angenommen.

Die Initiatoren sind enttäuscht. »Die Schweiz hat eine Chance verpasst, die Weichen zu stellen für eine nachhaltige Zukunft«, sagt der Geschäftsführer der Ecopop-Initiative, Andreas Thommen, im Schweizer Fernsehen. »Wir bleiben aber dran. Das Wachstum muss irgendwann beendet werden.«

Die Ecopop-Initiative hatte praktisch die ganze Schweizer Politik gegen sich. Sämtliche größere Parteien haben zur Ablehnung aufgerufen, sogar die

rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP). Richtige Analyse, falsches Rezept, so hatte SVP-Präsident Toni Brunner vor der Abstimmung immer wieder

»Heute hat der Pragmatismus obsiegt«

Christa Markwalder

gesagt. Allerdings forderten mehrere SVP-Kantonalparteien zur Zustimmung auf.

Auch die Wirtschaft hatte in die Kampagne eingegriffen. Ecopop würde den Wohlstand der Schweiz einschränken. »Die radikale Vorlage hätte die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft in den kommenden Jahren massiv verschlechtert«, hieß es am Sonntag nach der Abstimmung in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsverbandes economiesuisse.

Abgelehnt wurden auch die Volksinitiativen zur Erhöhung der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie zur Abschaffung von Steuerprivilegien für reiche Ausländer.

Die Diskussion über die Zuwanderung wird aber weitergehen. Denn die Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung, die im Februar angenommen worden war, muss nun umgesetzt werden. Der Freiburger Christdemokrat Urs Schwaller forderte gestern die Regierung zur Eile auf. »Wir brauchen eine rasche Lösung für die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative.« Denn sonst bekämen diejenigen wieder Oberwasser, die das Misstrauen gegen die Politik und die Wirtschaft befördern. Ende Oktober 2015 sind Wahlen. Und da wollen die Mitteparteien wie die FDP und die Christdemokraten das Feld nicht den rechtspopulistischen EU-Gegnern überlassen.

Mubaraks alte Garde bestimmt das Recht

Freispruch für Ägyptens Ex-Diktator sorgt für Proteste mit Todesfolgen

Kairo. Rund drei Jahren lang hatte sich der heute 86-jährige Hosni Mubarak vor einem Strafgericht in der Hauptstadt Kairo wegen des Todes von mehr als 800 Demonstranten zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft forderte die Todesstrafe. Seit Samstag kann Mubarak sich rehabilitiert fühlen. Das Gericht ließ die Anklage wegen des Todes der Demonstranten fallen. Von Korruptionsvorwürfen sprach es ihn frei – ebenso seine Söhne Gamal und Alaa. Ein Urteil will Richter Mahmud al-Raschidi »der Geschichte und Gott« überlassen.

Als der Richter seine Entscheidung verkündete, brach Jubel im Gerichtssaal aus. Zuschauer erhoben sich und klatschten begeistert. Über das Gesicht des Angeklagten huschte eine kurze Regung, die wie Erleichterung aussah. Da Mubarak in einem früheren Prozess wegen Veruntreuung verurteilt wurde, wird er hinter Gittern bleiben.

Die Entscheidung des Gerichts ist ein Schock für viele Ägypter, die Anfang 2011 gegen Mubaraks rigide Herrschaft auf die Straße gegangen waren. Der Sturz des Diktators am 11. Februar und die rasche juristische Verfolgung standen als Symbole für den Erfolg der »Revolution« in Ägypten.

Die Sicherheitskräfte waren auf das Prozessende entsprechend gut vorbereitet. Als sich am Samstagabend wütende Demonstranten in der Kairoer Innenstadt versammelten, versperrte das Militär mit Panzern den Zugang zum Tahrir-Platz, dem einstigen Zentrum der Revolution. Als das Militär die Proteste auflöste, kamen nach Angaben des Gesundheitsministeriums zwei Demonstranten ums Leben, mindestens neun weitere wurden verletzt. dpa/nd Kommentar Seite 4

Lufthansa-Piloten streiken wieder

Flüge am Montag und Dienstag bundesweit betroffen

Frankfurt am Main. Die Gewerkschaft Cockpit ruft die Lufthansakapitäne für Montag und Dienstag bundesweit zu Arbeitsniederlegungen auf – zunächst auf Kurz- und Mittelstrecken, dann auch auf der Langstrecke. Nicht betroffen ist die Billigtochter Germanwings. Die Lufthansa kündigte einen Sonderflugplan an. Hintergrund des 36-stündigen Streiks ist der festgefahrene Streit mit dem Konzern über die betriebliche Frührente. Cockpit warf dem Lufthansa-Management eine Blockade-Haltung vor. Der Vorstand des Unternehmens habe »autokratisch entschieden«, den Tarifvertrag zur Übergangsversorgung komplett wegfällen zu lassen, wenn sich die Parteien nicht einigen. Damit werde ein radikaler Wandel in der bisherigen Führungskultur eingeläutet.

Die Übergangsversorgung erlaubt es bislang jedem zweiten der 10 000 Piloten des Konzerns, mit 55 Jahren in den bezahlten Vorruhestand zu gehen. Die Lufthansa will die Altersgrenze anheben, Cockpit lehnt dies ab und machte in den vergangenen Monaten mehrfach mit Streiks Druck. Strittig sind zusätzlich die Gehälter der Piloten und die künftige Billigstrategie des neuen Konzernchefs Carsten Spohr. Beim Billigabieger Eurowings und einer geplanten Billigtochter für die Langstrecke gilt der Konzerntarifvertrag nicht.

Ein Lufthansa-Sprecher erklärte am Sonntag, die Streikankündigung »entbehrt einmal mehr jeglicher Verhältnismäßigkeit«. Das Angebot für den neuen Vergütungstarifvertrag habe das Unternehmen zuletzt verbessert, auch bei der Übergangsversorgung habe es Annäherungen gegeben. Uneins sei man sich noch über die Forderung, dass die bisherige Regelung für alle künftigen Pilotengenerationen gelten soll.

Arbeitsniederlegungen über die Weihnachtstage schließt Cockpit aus. AFP/nd

ISSN 0323-3375

